



ALBERT-LUDWIGS-
UNIVERSITÄT FREIBURG

INSTITUT FÜR FINANZWISSENSCHAFT
Abt. Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft I
Direktor: Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

D-79098 Freiburg · Bertholdstraße 17
Eingang Brunnenstraße (hinter der Universitätskirche)
Tel. (0761) 203 - 2354 Fax (0761) 203 - 2290

raffelhu@vwl.uni-freiburg.de
www.vwl.uni-freiburg.de/fiwil

Wettbewerb im Gesundheitswesen entlastet zukünftige Generationen

Zusammenfassung des Gutachtens

„Zur Zukunftsfähigkeit des Gesundheitswesens. Eine Nachhaltigkeitsstudie zur marktorientierten Reform des deutschen Gesundheitssystems.“

für den Verband Forschender Arzneimittelhersteller (VFA) e.V.

von

Stefan Fetzter, Dirk Mevis und Bernd Raffelhüschen

- (1) Die Politik will mit dem Gesundheitssystemmodernisierungsgesetz (GMG) eine längst fällige Grundsatzentscheidung zur strukturellen Reformierung der GKV erneut vertagen. Offensichtlich scheint das Interesse an einer nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitswesens seitens der politischen Handelnden eher gering zu sein.
- (2) Das bestehende umlagefinanzierte System ist in seiner heutigen Form langfristig nicht Aufrecht zu erhalten. Der doppelte Alterungsprozess (d.h. das aufgrund des Rückgangs der Fertilität und der stetig ansteigenden Lebenserwartung zunehmende Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung) macht eine nachhaltige Finanzierbarkeit des deutschen fiskalischen Systems nahezu unmöglich. Im Klartext bedeutet dies, dass immer weniger (meist gesunde) Junge immer mehr (kranke) Alte versorgen müssen. In der gesetzlichen

Krankenversicherung kommt erschwerend der kostentreibende medizinisch-technische Fortschritt hinzu, der zu einem weiteren Auseinanderklaffen von Einnahmen und Ausgaben führen wird.

- (3) Die wohl drängendste politische Aufgabe besteht darin, eine für die lange Frist und vor allem für zukünftige Generationen nachhaltige Reform, besonders im deutschen Gesundheitswesen, auf den Weg zu bringen. Einen konsequenten marktorientierten Reformvorschlag, der die allokativen und distributiven Mängel im derzeitigen deutschen Gesundheitssystem beheben will, haben Zweifel und Breuer jüngst mit ihrem „Züricher Modell“ gemacht, das u.a. risikoorientierte Prämien und – wo nötig – gezielte Prämiensubventionen vorsieht.
- (4) Was aber bringt dieser Vorschlag hinsichtlich einer Entlastung zukünftiger Generationen? Um die Wirkung dieses Vorschlags auf die Nachhaltigkeit zu analysieren, bedarf es eines Instrumentariums, das die langfristigen fiskalischen Wirkungen eines solchen Vorschlags adäquat abbilden kann. Ein solches Instrumentarium bietet die Generationenbilanzierung. Diese wurde entwickelt, um einen illustrativen Maßstab für die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der heutigen Sozial- und Fiskalpolitik zu haben. Im Prinzip misst man, ob die heutigen Leistungsansprüche an die Sicherungssysteme langfristig aufrecht erhalten werden können. Ist dies nicht der Fall, so entsteht eine sogenannte Nachhaltigkeitslücke, die alle unverbrieften und verbrieften Ansprüche heutiger und zukünftiger Generationen an den Staatshaushalt erfasst. Irgendwann jedoch muss diese Nachhaltigkeitslücke abgegolten werden, was eine dramatische Belastung für zukünftige Generationen bedeutet.
- (5) Die durchgeführten Berechnungen ergeben bei unveränderten Rahmenbedingungen eine Nachhaltigkeitslücke der deutschen Fiskalpolitik (einschl. ihrer Sozialversicherungen) von gigantischen zwei Bruttoinlandsprodukten (204 Prozent des BIP oder absolut ausgedrückt 4,1 Billionen €). Diese schon erschreckende Zahl ergibt sich aus der optimistischen Annahme eines unveränderten Status quo. Wird zusätzlich berücksichtigt, dass im Gesundheitssektor ein kostentreibender medizinisch-technischer Fortschritt existiert, so summiert sich im gesamten fiskalischen System Deutschlands eine Nachhaltigkeitslücke von 339 Prozent des BIP, was absolut 6,8 Billionen € entspricht. Dem Gedankenexperiment zufolge müssten also alle Deutschen drei Jahre und vier Monate

lang allein für den Staat arbeiten, um zukünftigen Generationen keine Schuld aufzubürden.

- (6) Betrachtet man das „Züricher Modell“ in der Generationenbilanz, so ergeben sich deutliche Verbesserungen für den Staatshaushalt. Bei der Berechnung wurden alle relevanten Haushaltswirkungen einer im Sinne des „Züricher Modells“ reformierten Gesetzeslage berücksichtigt. Das Ergebnis ist vielversprechend: In der „Züricher Generationenbilanz“ beträgt die Nachhaltigkeitslücke nur noch 143 Prozent des BIP (hat sich also absolut betrachtet von 6,8 Billionen € auf 2,9 Billionen € reduziert) und ist damit nicht einmal halb so groß wie die Nachhaltigkeitslücke unter den aktuellen Bedingungen. Die momentane intergenerative Schieflage der GKV (also demnach etwa 3,9 Billionen €) würde durch einen konsequenten wettbewerblichen Reformansatz, wie ihn das vom VFA in die politische Diskussion eingeführte „Züricher Modell“ darstellt, im Wesentlichen behoben. Die verbleibende Finanzierungslücke der Fiskalpolitik müsste durch eine Reform der anderen sozialen Sicherungssysteme gemeistert werden.
- (7) In einem noch besseren Licht dürfte die Reform erscheinen, wenn weitere positive Wirkungen wie etwa Effizienzgewinne im Gesundheitssystem oder eine mögliche Reduktion der Arbeitslosigkeit aufgrund der Eindämmung einer weiteren Steigerung der Lohnnebenkosten zusätzlich berücksichtigt werden. Allerdings bedeutet die Einführung des „Züricher Modells“ auch, dass vor allem solche Älteren, die finanziell überdurchschnittlich gestellt sind und im momentanen System der GKV wenig Beiträge bezahlen und viele Leistungen in Anspruch nehmen, mit Leistungskürzungen rechnen müssen. Dennoch ist als politische Schlussfolgerung aus der „Züricher Generationenbilanz“ ersichtlich, dass ein umfassender wettbewerblicher Reformansatz eine nachhaltige Lösung der Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen darstellt. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund, dass zukünftige Generationen wohl kaum bereit sein werden, die durch fehlenden Reformwillen entstandenen extremen Lasten zu tragen, und möglicherweise den Generationenvertrag einfach aufkünden werden.
- (8) Die Ergebnisse sprechen insgesamt für einen konsequenten wettbewerblichen Reformansatz in der Gesundheitspolitik und eine an der Frage der Nachhaltigkeit orientierte Politik.

Nachhaltigkeitslücke im Staatshaushalt mit und ohne wettbewerbliche Gesundheitsreform

